

Friedel Hütz-Adams

Erlassjahr 2000 –

Entwicklung braucht Entschuldung

Internationale Kampagne für einen Schuldenerlass

zugunsten der armen Staaten

Die Kampagne »Erlassjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung« fordert einen weitreichenden Schuldenerlass für die armen Länder sowie die Neugestaltung internationaler Finanzbeziehungen im Sinne eines fairen Interessenausgleichs. Einzelne wie Gemeinden können sich an der Kampagne beteiligen.

Wer ist Schuld an den Schulden?

● Sind die für viele Entwicklungsländer ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Hauptursache der Krise?

Oder haben die Regierungen innerhalb ihrer Länder schlecht gewirtschaftet und die Probleme selbst verursacht?

Haben Banken und Staaten als Kreditgeber eine große Mitschuld, da sie oft wider besseres Wissen Kredite an korrupte Diktatoren vergaben?

Oder haben die Regierenden in den Schuldnerländern die Kredite und die Kreditgeber nur betrügerisch ausgenutzt, um selbst reich zu werden und das Geld ins Ausland zu schaffen?

Eines jedoch sollte nie vergessen werden: Egal, wer die Schulden gemacht hat und was mit dem Geld geschehen ist: Es sind immer die

Armen, die den größten Teil der Schulden mit ihren Steuern abzahlen müssen! Diese Armen sind es auch, die am stärksten unter den Einsparungen leiden, zu denen Regierungen gezwungen sind, wenn sie zu hohe Schulden begleichen müssen. Die Folgen sind in vielen Staaten Arbeitslosigkeit, der Zusammenbruch von Kleinunternehmen, eine sinkende Lebenserwartung, steigende Kindersterblichkeit und der Zusammenbruch der Gesundheits- und Bildungssysteme.

Politisch motivierte Kredite

● Einer der wichtigsten Faktoren der Überschuldung vieler Staaten hatte keine ökonomischen Ursachen, sondern war ein Ergebnis politischer Vorgaben: Während des Kalten Krieges sollten bestimmte Regime gestützt werden.

So profitierte beispielsweise der Präsident des Zaire, Mobutu, ebenso wie die Präsidenten Marcos (Philippinen), Moi (Kenia, er amtiert immer noch) oder Suharto (Indonesien) vom Ost-West-Gegensatz. Sie wurden mit Krediten unterstützt, egal was mit dem Geld geschah.

Heute wird nun von den Regierungen, die diese Kredite vergeben haben, darauf gedrängt,

man müsse wirtschaftlich an die Schuldenkrise herangehen und die betroffenen Menschen in den Schuldnerländern sollten halt ihren Gürtel enger schnallen.

UNO: 21 Millionen Kinder können gerettet werden

● Was das Zögern der Industrienationen in der Frage eines Schuldenerlasses für die Betroffenen bedeutet, lässt sich im »Bericht über die menschliche Entwicklung« 1997 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) nachlesen: »Die hoch verschuldeten armen Länder brauchen die Schuldenerleichterung sofort und nicht irgendwann in der Zukunft. Eine spürbare Erleichterung für die 20 am stärksten verschuldeten Länder würde zwischen 5,5 und 7,7 Milliarden Dollar kosten; dies ist weniger als der Preis eines einzigen Stealth-Bombers oder ungefähr genauso viel, wie der Bau des Vergnügungsparks Eurodisney in Frankreich gekostet hat. Diese geringen fi-

»ungefähr genauso viel wie der Bau des Vergnügungsparks Eurodisney«

nanziellen Kosten stehen in scharfem Gegensatz zu den erschreckend hohen menschlichen Kosten weiterer Untätigkeit. Die Gruppe der Sieben (G7) und die Bretton-Woods-Institutionen sollen sich das Ziel setzen, die Schuldenkrise der ärmsten Länder bis zum Jahr 2000 zu lösen. Dies müsste jedoch von speziellen Maßnahmen begleitet sein, um die Schuldenverringerung in eine Verringerung der Armut umzuwandeln und die Prioritäten der betreffenden Länder auf die Ziele der menschlichen Entwicklung auszurichten. Wenn die hochverschuldeten Länder von ihren jährlichen Schuldenrückzahlungen befreit würden, könnten sie

diese Mittel für Investitionen einsetzen, die allein in Afrika bis zum Jahr 2000 das Leben von rund 21 Millionen Kindern retten und 90 Millionen Mädchen und Frauen den Zugang zu elementarer Bildung sichern könnten.«

Die Schuldenfalle

● Ein Beispiel: Mosambik müsste 12 Jahre lang alle Einkünfte aus dem Verkauf seiner Exportgüter an die Gläubiger überweisen, um seine Schulden abzuführen. Doch das Land kann natürlich nicht 12 Jahreseinkommen für die Schulden aufwenden. Denn neben den Schulden müssen auch noch dringend notwendige Importprodukte bezahlt werden: Medikamente, Nahrungsmittel, Maschinen etc. Nach Abzug dieser notwendigen Ausgaben hat das Land in einigen Jahren nicht einmal alle anfallenden Zinsen bezahlen können.

Zwar ist Mosambik ein besonders drastisches Beispiel. Doch viele Staaten sind in Höhe von mehreren Jahreseinkommen verschuldet. Diese Staaten stecken in einer regelrechten Schuldenfalle: Selbst wenn sie die Staatsausgaben so massiv senken, dass die sozialen Folgen für die eigene Bevölkerung verheerend sind, haben sie keine Chance, die Schulden je zurückzuzahlen. Da sie oftmals nicht einmal alle anfallenden Zinsen und fast immer nicht die vollständigen Tilgungen bezahlen können, wachsen die Zahlungsrückstände. Und auf alle Rückstände müssen wiederum Zinsen gezahlt werden.

Dauerhafter Lösungsansatz: Insolvenzrecht

● Ziel der Kampagne ist nun eine weitreichende Entschuldung der armen Länder des Südens. Wir schlagen vor, dass die Höhe des Schul-

denerlasses der Entlastung Deutschlands im Jahre 1953 entsprechen soll. Damals wurden der jungen Bundesrepublik im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen ein so großer Teil der Schulden erlassen, dass die deutschen jährlichen Rückzahlungsraten deutlich unter 5% der Exporteinnahmen sanken.

Daher soll auch heute der Teil der Schulden erlassen werden, der zu Zahlungsverpflichtungen von mehr als 5% der jährlichen Exporteinnahmen führt.

Die Länder, in welchen aus Auslandsverschuldung stammende Korruptionsgelder der Schuldnerregierungen auf Bankkonten deponiert wurden, sollen die Offenlegung dieser Konten veranlassen. Diese Gelder sollen zur Begleichung eines Teils der Schulden herangezogen werden. Dies erfordert auch eine neue Redlichkeit im Finanzmanagement aufseiten der Schuldnerländer.

Vorbild für eine dauerhafte Lösung der Schuldenkrise könnte das in den USA und in Ungarn geltende Insolvenzrecht für Gebietskörperschaften (Bundesländer, Gemeindeverbände, Kommunen etc.) sein: In einem internationalen, rechtlich abgesicherten und transparenten Insolvenzverfahren arbeiteten die Schuldnerregierungen gemeinsam mit den Gläubigern und unter

»in der Höhe der Entlastung Deutschlands im Jahre 1953«

Beteiligung der Bevölkerung, internationaler Experten und Organisationen einen Rückzahlungsplan aus. Sie könnten ihre grundlegenden Aufgaben wie Bildungs- und Gesundheitswesen, Umweltschutz und Infrastruktur ausreichend erfüllen, da die Mittel dafür nicht zur Schuldentrückzahlung herangezogen werden dürften – sozusagen ein »Existenzminimum« für Staaten.

Der Erlass von Schulden sollte dabei so geregelt werden, dass von jeder erlassenen Mark ein Teil in Projekte investiert werden muss, von denen die Armen direkt profitieren. Dazu muss der Schuldenerlass an die Einzahlung eines Teilbetrags der erlassenen Schuld in einen Gegenwertfonds in nationaler Währung des Schuldnerlandes gebunden werden. Der Fonds dient der Begleichung der »sozialen Schuld« der Regierungen in Nord und Süd gegenüber den Ärmsten. Mit den Geldern aus diesem Fonds lassen sich Projekte zur Deckung sozialer Grundbedürfnisse finanzieren oder beispielsweise ein Kreditsystem für kleine Händler, Bauern etc.

Mit Hilfe eines solchen Programms hat die Schweizer Regierung in den letzten Jahren mehr als eine Milliarde DM Schulden erlassen und zugleich dafür gesorgt, dass ein Teil der erlassenen Summe auch in diktatorischen Regimen der Bevölkerung zugute kam.

Die Kampagne konkret

- Die gesamte Kampagne ist einschließlich einer Auswertungsphase bis zum 30.6.2001 geplant. Anknüpfungspunkte für die geplanten Aktionen sind unter anderem die »Tage der Menschenrechte« und die »Weltspartage«, der 50. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland und der 10. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands.

Mitträger sind u.a. die großen Hilfswerke, Landeskirchen, Bistümer, Orden, Eine-Welt-Läden, Partnerschaftskreise, Kirchengemeinden und ein breites Spektrum von Nichtregierungsorganisationen.

Zentraler Aktionstag des Jahres 1999 wird der 19.6.1999: Vom 18.6. bis zum 20.6.1999 treffen einander in Köln die Regierungschefs der acht mächtigsten Industrienationen zum

Weltwirtschaftsgipfel. »Erlassjahr 2000« plant, am 19.6.1999 mit einer Menschenkette aus rund 50.000 Menschen das Tagungszentrum einzukreisen und zudem Millionen weltweit gesammelter Unterschriften für einen Schuldenerlass zu überreichen.

Die einfachste Form der Beteiligung an der Kampagne ist die Unterzeichnung des Appells durch Einzelpersonen. Institutionen im allerweitesten Sinne können darüber hinaus Mitträger der Kampagne werden.

Appell

Ich finde mich nicht damit ab, dass mehr als eine Milliarde Menschen die Jahrtausendwende in lebensbedrohender Armut erleben – während ihre Länder wegen Auslandsschulden riesige Zahlungen an Regierungen und Banken im Norden sowie an die internationalen Finanzinstitutionen leisten.

Ich will, dass diesen Menschen im Jahr 2000 ein Neuanfang ohne erdrückende Schuldenlast ermöglicht wird.

Ich fordere deshalb von den Banken, der Bundesregierung und den internationalen Finanzinstitutionen einen umfassenden Erlass der untragbaren Schulden armer Länder für das Jahr 2000.

Ich erwarte, dass die durch den Schuldenerlass frei werdenden Mittel dazu benutzt werden, die Möglichkeiten der Armen zur Selbsthilfe zu stärken.

Ich befürworte ein völkerrechtlich verankertes Verfahren in Fällen schwerer Verschuldung armer Länder (»internationales Insolvenzrecht«), damit der verhängnisvolle Kreislauf der Verschuldung durchbrochen werden kann.

Kontaktadressen:

Deutschland:

Erlassjahr 2000, c/o SÜDWIND e.V.
 Friedel Hütz-Adams
 Lindenstr. 58-60, D-53721 Siegburg
 Tel. 0049-2241-591-226 / Fax -227
 Homepage: www.erlassjahr2000.de
 E-mail: FriedelHuetz-Adams@erlassjahr2000.de

Schweiz:

Swiss Coalition of Development
 Christine Eberlein
 Monbijoustr. 31, CH-3001 Bern
 Tel: 0041-31-38117-11 und Fax: -18

Österreich:

Initiative 96
 Martina Neuwirth
 Türkenstr. 3, A-1090 Wien
 Tel 0043-1-317 0321, Fax: -77